

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Vollkredittkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelsseite oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelsseite 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein neuer Zahlungsplan der Alliierten.

London, 2. Mai. Nach einstündiger Sitzung vertagte sich der Oberste Rat kurz vor 2 Uhr und beschloß, die um 5 Uhr wieder aufzunehmende Beratung den Erörterungen der Sachverständigen vorzubehalten.

Wie Reuters Bureau hört, sei die Redaktionskommission ihre Beratungen im Auswärtigen Amt bis 1 Uhr nachmittags fort. Es herrsche von vornherein Einverständnis. Die Kommission genehmigte dann einstimmig den Entwurf und vollendete seine Abfassung zur Vorlage an den Obersten Rat.

Paris, 2. Mai. In einer Havas-Meldung aus London heißt es:

Die Sitzung des Redaktionsausschusses, der aus Briand, Lord Curzon, Graf Sforza und Jaspar gebildet war, war um 12 Uhr 50 Minuten beendet. Es kam eine **Verständigung** über einen einheitlichen Wortlaut zustande, der dem Obersten Rat unterbreitet werden wird und dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist. Dieser Entwurf wird es Frankreich, erzwänglichen, unverzüglich die militärischen Maßnahmen einzuleiten, die für die vorgesehene Befehlung notwendig sind, in erster Linie also die Einberufung der Jahressklasse 1919. Während der nötigen Vorbereitungszeit wird die Reparationskommission an Deutschland eine Zustimmung über die Zahlungsweise und die Sicherheiten für die Zahlungen zur Begleichung seiner Schuld ergeben lassen. Wenn Deutschland bis zum Ablauf dieser Frist seine Zustimmung nicht gegeben hat, so wird die Befehlung des Ruhrgebietes unverzüglich wirksam werden.

Was die Zahlungsbedingungen betrifft, so wird Deutschland 36 Jahresraten in Höhe von 5 Prozent mit seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinssatz von 2 1/2 Prozent vorgesehien, der in der Folge auf 5 Prozent einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Gattungen von Bonds ausstellen, eine erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist, eine zweite Rate von 38 Milliarden Goldmark, die am 1. November ausbezahlt wird, dann eine dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark, die je nach der Ausnahmefähigkeit des internationalen Geldmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden wird.

Der Oberste Rat begann um 1 Uhr nachmittags und war bereits kurz vor 2 Uhr beendet. Der Entwurf des Redaktionsausschusses wurde in seinen großen Zügen aufgegeben.

Die Finanzsachverständigen werden nochmals um 3 Uhr zusammenkommen, um die Zahlungsbedingungen und die Sicherheiten endgültig festzustellen, die dazu bestimmt sind, an Stelle des territorialen Unterpfandes zu treten. Die Befehlung würde nämlich nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission aufgegebenen Bedingungen annehmen sollte. Die Zustimmung wird innerhalb einer Frist von vier Tagen erfolgen und die deutsche Regierung wird innerhalb einer Frist von fünf bis sechs Tagen antworten müssen. Auf diese Weise werden die Verhandlungen über die endgültigen Abmachungen Deutschlands bis zu dem Augenblick der Beendigung der Vorbereitungen zur Befehlung genau unterrichtet sein. Infolgedessen wird das militärische Vorgehen in dem wahrscheinlichsten Falle einer Weigerung Deutschlands keine Verzögerung erleiden.

Der Oberste Rat wird um 5 Uhr nochmals wörtlich und zweifelslos dann in der Lage sein, einen endgültigen Beschluß zu fassen trotz der Meinungsverschiedenheiten, die zulange getretet waren. Diese Lösung soll die Fortdauer der Solidarbeit zwischen den Verbandsregierungen sichern, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die englische Flotte an der Durchführung der Zwangsmassnahmen teilnehmen wird, es müßte denn gerade sein, daß dies infolge des Bergarbeiterstreiks unmöglich würde.

Ein Ultimatum bis zum 13. Mai.

Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatler der Agence Havas in London erzählt: Die Alliierten haben sich gestern nachmittags über die wesentlichen Bestimmungen der Entschlieung geeinigt, die heute vormittags endgültig festgelegt werden soll. In dieser Entschlieung haben die Alliierten beschlossen, alle militärischen Maßnahmen zu ergreifen, die im Hinblick auf die Befehlung des Ruhrgebietes durch die alliierten Streitkräfte notwendig sind. Sie erlauben den Reparationsausschuss, in einer Frist von höchstens vier Tagen die Art und Weise der Bezahlung der deutschen Schulden festzusetzen und bekanntzugeben. Im gleichen Zeitraum werden die Alliierten Deutschland die Bürgschaften bekanntgeben, die in Ausübung seiner Verpflichtungen für notwendig erachtet werden. Sie werden das Deutsche Reich auffordern, die Aburteilung der Schuldigen vorzunehmen und die Entwaffnung zu Ende zu führen. Deutschland wird vor dem 13. Mai seine vorbehaltslose Annahme der Bedingungen zu erkennen geben können; wenn es sich weigert, wird die Befehlung automatisch und sofort mit dem 13. Mai durchgeführt werden. Sie wird an dem Tage aufhören, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird.

Die Sachverständigen der Alliierten sind am Abend zusammengetreten, um sich über den Vorschlag der französischen Delegation zu einigen, die die Einsetzung eines Garantieausschusses in Berlin fordert, um die Bezahlung der 11 Milliarden zu sichern, die noch zu erhalten sind, wenn Deutschland eine Milliarde Goldmark, die die Reserven der Reichsbank darstellen, ausgeliefert haben wird. Der Rat wird wahrscheinlich heute die Entscheidung über diesen Punkt treffen.

Noch keine vollständige Einigung.

London, 2. Mai, 9 Uhr 20 Min. abends. (Reuters.) Die Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittags 11 Uhr vertagt worden. Briand erklärte, eine Einigung sei **beinahe** erreicht.

Deutschland darf Gegenvorschläge machen?

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der Londoner Korrespondent der Russischen Zeitung gibt einen längeren Bericht über den bisherigen Verlauf der Konferenz, der infolgedessen von besonderer Bedeutung ist, als er der offiziellen Havasmeldung in vielen Punkten widerspricht. Der Korrespondent behauptet, von bestunterrichteter Seite erfahren zu haben, daß eine Einigung auf folgender Basis zustande kommen werde: England stimmt den französischen Vorschlägen für die beabsichtigten Strafmaßnahmen zu. Die militärischen Vorbereitungen für den Einmarsch in das Ruhrgebiet werden fortgesetzt. Eine sehr präzise gehaltene Mitteilung, kein eigentliches Ultimatum, wird an Deutschland abgeandt mit der Aufforderung, die in Paris formulierte Schuldsomme anzuerkennen und die am 1. Mai geschuldete Summe innerhalb weniger Monate zu zahlen, sowie die Verpflichtung zu übernehmen, die Restsumme in einer gewissen Zeit abzutragen und eine vorgeschriebene Garantie zu leisten oder einen Vorschlag zu machen, der als diesen Verpflichtungen gleichwertig anzusehen ist. Wenn Deutschland die in der Mitteilung gemachten Voraussetzungen nicht erfüllt, beginnt der militärische Einmarsch in das Ruhrgebiet automatisch.

Frankreich mobilisiert.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Paris: Der französische Ministerpräsident richtete aus London eine Delegation an den Kriegsminister Barthou, in der er den Aufruf gibt, die Mobilisierung des Jahrganges 1919 anzuordnen. In der Zwischenzeit werden verschiedene Kavallerie-divisionen aus französischen Garnisonen am Rhein erwartet. Dort werden sie das Ergebnis der deutschen Antwort nach den zwölf Tagen erwarten, um dann im Falle einer Nichtannahme in das Ruhrgebiet einzurücken.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß im Laufe des gestrigen Tages französische Truppenabteilungen eingetroffen sind und zum Teil in Bürgerquartieren untergebracht wurden.

Paris, 2. Mai. (U.) Die Truppenbewegungen zum Zwecke der Befehlung des Ruhrgebietes von Rheinland-Westfalen haben bereits Montag begonnen. Ein Kürassier- und Dragoner-Regiment sowie mehrere Batterien des 54. Artillerie-Regiments haben von Montagvormittag verlassen und sind nach Landau abgegangenen. Auch die Kavallerie-Regimenter der Pariser Garnison sind abgefahren.

Auch maritime Maßnahmen?

Paris, 2. Mai. Nach dem Beitritt Parijien bestehen die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur See nicht in einer Blockade der deutschen Häfen, sondern in der Beschlagnahme gewisser Frachten in Bremen und Hamburg.

Paris, 2. Mai. Wie Berlin im Echo de Paris mitteilt, hat die englische Regierung ihre Zustimmung zu der von der französischen Regierung vorgeschlagenen maritimen Demonstration noch nicht gegeben. Die englischen Minister wollen erst am Ende des heutigen Montags hierüber eine Entscheidung treffen.

Die Orgele in Sachsen am Werk. Sie braucht 23 Millionen Mark.

Es wird uns aus glaubwürdigster Quelle berichtet: Kürzlich fand in Delitzsch i. V. eine vertrauliche Besprechung der Fabrikanten des oberen Vogtlandes statt, in der der Sekretär Berg des Zentralkomitees der Leipziger Arbeitgeberverbände zur Gründung eines **Finanzausschusses** aufforderte. Er versicherte, daß mit kleinen Beiträgen nichts getan sei, sondern daß man tief in denbeutel greifen müsse. **Denn er brauche**

23 Millionen Mark
für Sachsen, die zur Bekämpfung eines kommenden Putzches (!) für die Orgele
gebraucht würden, die Ruhe und Ordnung (!) aufrechterhalten sollte.

Die Bourgeoisie tüstet also unentwegt weiter für einen Putzsch — daß es auf die Abwehr eines kommenden Putzches von links abgesehen sei, ist durchsichtiger Schwindel. Die Herren Unternehmer wissen ganz gut, nach den Erfahrungen, die sie eben erst beim Osterputzsch der Kommunisten gemacht haben, daß die Schutzpolizei völlig genügt, um einen kommunistischen Putzsch niederzukämpfen — wie erst jetzt, da die kommunistische Partei völlig zerfällt ist und jeden Tag mehr zerbröckelt. Sie wissen zudem, daß die Arbeiterschaft Sachsens schon aus eigenem die Kraft und ebenso den Willen hat, putschistischen Unfug durch Ablehnung zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Das alles wissen sie aus den Ostertagen. Und wenn sie dennoch Kriegen unternehmen, die an Umfang alles bisher Gekündete hinter sich lassen sollen, so zeigen sie deutlich, daß ihr Ziel ganz etwas anderes als Bekämpfung eines angeblich kommenden Linksputsches ist. Sie wollen **Gegenrevolution** machen. Die Arbeiterschaft und die Regierung müssen darauf gerüstet sein!

Eine Niederlage des französischen Imperialismus.

Frankreich, das imperialistische, von seinen militärischen Siegen beraubte Frankreich hat eine Schlacht verloren. Am ersten Mai wollten die französischen Generale den Stolz ins Herz Deutschlands führen, Foch und Loucheur, der französische Hindenburg und der französische Stinnes, hatten schon die Pläne fertig, die Deutschland vernichten sollten. Die französische Regierung, die nicht weniger Gefangene ihrer Fochs und Loucheurs ist als die deutsche Regierung die Gefangene unserer Hindenburgs und Stinnes, arbeitete planmäßig und mit bewunderungswürdiger Zähigkeit darauf hin, eine Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten, die für beide der einzige Weg zur Rettung sein könnte, zu hintertreiben. Im März war es ihr dank der sträflichen Ungeschicklichkeit Simons' bereits gelungen. Die Verhandlungen in London wurden ergebnislos abgebrochen, die Sanktionen traten in Kraft.

Diesmal hoffte die französische Regierung noch leichteres Spiel bei ihren Verbündeten zu haben. Denn die hinfaltende Politik der deutschen Regierung seit dem Abbruch der Verhandlungen, ihre Untätigkeit in der Frage der Kriegesbeschuldigtenprozeße, ihre offenen, provozierenden Verstöße in der Entwaffnungsfrage, die unverhüllt betriebene Aufstellung eines reaktionären Heeres in Bayern und schließlich auch die auf dem Wege über Amerika übermittelten neuen Vorschläge Deutschlands machten auf die Alliierten einen so ungünstigen Eindruck, daß Frankreich mit seinen militärischen Plänen bereits gewonnenes Spiel zu haben glaubte. Aber es hat die Rechnung ohne die englische Arbeiterschaft und die englische Finanzwelt, die sich in ihren Interessen bedroht fühlt, gemacht.

Die englischen Bergarbeiter stehen noch immer in einem schweren Existenzkampf, den sie der veränderten Situation auf dem Kohlenmarkt zu verdanken haben. Der Export der englischen Kohle, von dessen Größe ihre Lohnhöhe abhängt, ist ungeheuer zurückgegangen und sie wissen, daß, abgesehen von der Industriekrise, das Spa-Kommen daran schuld ist, das Frankreich von der englischen Kohle unabhängig gemacht hat. Werden die Franzosen Herren des Ruhrgebietes, so erwächst der englischen Kohle nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern sogar im eigenen Lande ein neuer gefährlicher Konkurrent. Und ebenso gut weiß die gesamte englische Arbeiterklasse, die nicht weniger als zwei Millionen Arbeitslose in ihren Reihen hat, daß an ihrer verunsicherten Lage nur der wirtschaftliche Niedergang des festländischen Europas schuld ist, der durch die Befehlung des Ruhrgebietes katastrophal gesteigert werden würde. Und die Interessen der englischen Bourgeoisie — mit Ausnahme eines kleinen Teiles, der an der Niederrichtung der deutschen Konkurrenz profitieren würde — gehen in diesem Punkte mit den Interessen der Arbeiterschaft konform. Das sind die Mächte, die über Foch und Loucheur den Sieg davongetragen haben.

Der französische Vorschlag eines sofortigen Einmarsches in das Ruhrgebiet ist in London abgelehnt worden. Die Verbündeten Frankreichs konnten sich nicht dazu entschließen, ihm freie Hand in der Vernichtung Deutschlands zu lassen, ehe sie nicht einen letzten Versuch zur Verständigung gemacht hätten. Frankreich wurde nur der billige Triumph gelassen, seine militärischen Vorbereitungen zum Einmarsch zu beenden, an denen sich aber vorläufig weder Belgien noch England zu beteiligen scheinen, von Italien und den andern Verbündeten ganz zu schweigen. Immerhin darf die Gefahr, die in der französischen Mobilisierung liegt, nicht unterschätzt werden. Wie schwer der Weg zu einer Verständigung zu finden ist, wenn einmal der Ruf zu den Waffen schon ergangen ist und die Militärtransporte an die Grenze rollen, ist uns aus der traurigen Erfahrung der letzten Jahre genugsam bekannt. Die deutsche Regierung muß deshalb darauf gefaßt sein und ihre Politik darauf einstellen, daß sie in Frankreich einen Verhandlungsgegner vor sich hat, der mehr gegen Verhandlungen als Verhandlungsgegner ist, der alle Künste der Politik und Diplomatie, die er so glänzend beherrscht, spielen lassen wird, um eine Verständigung zu hintertreiben und seine bereits mobilisierten Truppen marschieren zu lassen.

Aber die deutsche Regierung beginge das größte, kaum wieder gut zu machende Verbrechen an den Lebensinteressen des deutschen Volkes, wenn sie nicht alles, was in ihrer Macht steht, versuchte, um die französischen Intrigen zu vereiteln. Und diesmal steht es in ihrer Macht, denn die Alliierten haben ihr und sich selbst goldene Brücken zum Rückzug gebaut. Soweit die neuen Zahlungspläne der Alliierten bekanntgeworden sind — die Einzelheiten der Zahlungsmodalitäten stehen noch aus —, gehen sie, um Frankreich eine scheinbare Genugtuung zu gewähren, formell vom Zahlungsbefehl der Reparationskommission aus, begünstigen sich in Wirklichkeit aber mit viel geringeren Zahlungen, als den Beschließen der Reparationskommission entsprechen würden. Denn es kommt, wie wir schon einmal angedeutet haben, nicht auf die